

EINZELHANDEL: Arbeitgeber und Gewerkschaften streiten um Lohnerhöhung und Spätzuschläge – Das Geschäft stagniert



Stuttgarter Edelkaufhaus: Die Bürger schlendern zwar gerne, sind aber nicht in großer Kauflaune.

Tarifrunde feilscht um Details

DIETRICH CREUTZBURG | BERLIN

Nach wochenlanger Funkstille zwischen den Tarifparteien gibt es im Gehaltskonflikt des Einzelhandels wieder Bewegung. Trotz erster negativer Reaktionen der Gewerkschaft Verdi auf einen neuen Lösungsvorschlag halten die Arbeitgeber eine Tarifeinigung noch im Lauf des Monats September für möglich. „Wir haben jetzt einen neuen Gesprächsfaden und damit einen Einstieg, auf dem sich aufbauen lässt“, sagte Rainer Marschus, Vorsitzender des tarifpolitischen Ausschusses der Handelsverbände HDE und BAG, dem Handelsblatt.

Ein Abschluss in NRW hätte voraussichtlich Pilotcharakter für die ganze Branche mit ihren bundesweit 2,7 Millionen Beschäftigten. Verdi-Verhandlungsführerin Lieselotte Hinz reagierte nach einer mehrstündigen Verhandlungsrunde am Freitag in Düsseldorf allerdings sehr skeptisch. „Das vorliegende Angebot ist nicht akzeptabel“, sagte sie. Gleichwohl vereinbarte Verdi bereits für Dienstag in NRW einen neuen Verhandlungstermin mit den Arbeitgebern. Dies ist aus deren Sicht zumindest ein Indiz, dass Annäherungen möglich sind.

Zuvor hatten die Arbeitgeber Verdi erstmals ein Angebot mit einer linearen Tarifierhöhung vorgelegt. Danach sollen die Gehälter ab Oktober um 1,7 Prozent steigen. Eine weitere Erhöhung für 2008 wollen sie mit der geplanten Einführung einer grundlegend reformierten Gehaltsstruktur koppeln. Das gesamte Angebot stellten die Arbeitgeber aber unter den Vorbehalt, dass Verdi Einschnitte bei den bestehenden Spätöffnungs- und Nachtzuschlägen akzeptiert.

Die aktuellen Zuschlagsregelungen sind nach Ansicht der Arbeitgeber nicht mehr zeitgemäß, seit die Ladenöffnung weithin freigegeben ist. Sie sehen vor, dass die Beschäftigten an Wochentagen für Arbeit ab 18.30 Uhr Tarifzuschläge von 20 Prozent erhalten, für Arbeit ab 20 Uhr in der Regel von 55 Prozent. In der Praxis werden diese meist als Zeitguthaben statt Geld gewährt. Nach dem Willen der Arbeitgeber sollen künftig erst ab 20 Uhr Spätzuschläge anfallen, Nachtzuschläge nur von 22 und bis sechs Uhr.

Sie begründen ihre Position vor allem mit einer zunehmenden Wettbe-

werbsverzerrung zwischen tarifgebundenen und nicht tarifgebundenen Firmen. „Unsere Kunden erwarten, dass wir von den neuen Möglichkeiten der Ladenöffnung Gebrauch machen“, betonte Marschus. Die derzeitigen Zuschläge bedeuteten erhebliche Kostennachteile für tarifgebundene Unternehmen und gefährdeten ausgerechnet dort Arbeitsplätze. Ohne eine Anpassung könne es im Tarifkonflikt daher „keine Lösung geben“.

Verdi war in den 16 Tarifgebieten mit Gehaltsforderungen zwischen 4,5 und 6,5 Prozent in die schon seit April laufende Tarifrunde gestartet. Die Gewerkschaft wehrt sich gegen eine Kürzung von Zuschlägen, da die Beschäf-

tigten damit nach ihrer Lesart eine Gehaltserhöhung selbst bezahlen müssten. Rechne man die Arbeitgeberforderung in diesem Punkt gegen, führe die angebotene Gehaltserhöhung um 1,7 Prozent faktisch zu einer Kürzung von 3,7 Prozent, rechnete Verdi vor.

Erschwert wird die Tarifrunde durch die anhaltend schlechte Umsatzentwicklung in der Branche (siehe: „Umsatzwende lässt auf sich warten“). „Der Aufschwung findet im Einzelhandel nicht statt“, sagte Marschus.

Unabhängig davon arbeiten die Tarifparteien weiter an den Details ihrer geplanten Entgeltstrukturreform. Sie soll die aus den 60er-Jahren stammende Zuordnung von Berufsbildern

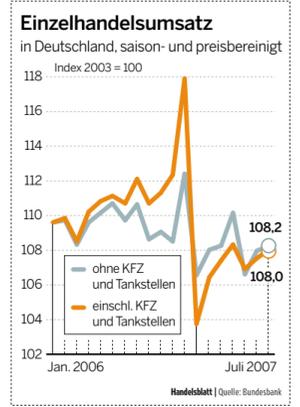
Umsatzwende lässt auf sich warten

DÜSSELDORF. Der Einzelhandelsumsatz in Deutschland hat sich im Juli nicht nennenswert erhöht. Im Monatsvergleich zeigt sich aber eine Stabilisierung auf niedrigem Niveau. Dies geht aus vorläufigen Zahlen hervor, die das Statistische Bundesamt am Freitag vorlegte. Danach nahmen die Umsätze gegenüber Juni preis- und saisonbereinigt um 0,3 Prozent zu. Bezieht man den Handel mit Kraftfahrzeugen und an Tankstellen mit ein, betrug der Zuwachs nach Bundesbank-Zahlen 0,5 Prozent. Im Juni waren die Einzelhandelsumsätze ohne KFZ-Handel aber noch wesentlich kräftiger gestiegen. Die Zuwächse in beiden Monaten zusammen konnten den starken Rückgang im Mai letztlich nicht vollständig ausgleichen.

Auch im Juli ist der Einzelhandel seinem Ziel, das Umsatzergebnis des Vorjahres um rund ein Prozent zu übertreffen, nicht näher gekommen. Laut Bundesamt lagen die Umsätze ohne KFZ- und Tankstellenhandel von Januar bis Juli nominal um ein und real um 1,6 Prozent unter dem entsprechenden Vorjahresniveau. Im Juli allein waren es 0,9 bzw. 1,5 Prozent. Dennoch hat der Branchenverband HDE sein Umsatzziel noch nicht aufgegeben. Er hofft auf eine Trendwende im Herbst und setzt dabei wie die meisten Bankvolkswirte auf die steigende Beschäftigung und sinkende Arbeitslosigkeit, was die

Zahl potenzieller Käufer erhöht. Zudem kam es in etlichen Branchen zu deutlich über dem Preisanstieg liegenden Tarifierhöhungen.

Auch wenn der Handel sich enttäuscht zeigt, wie lange es dauert, bis es nach der Mehrwertsteuererhöhung zu Jahresbeginn zu einer positiven Trendwende kommt und im August sogar wieder skeptischer in die Zukunft blickte – einige Detailzahlen erwecken sehr wohl den Eindruck, dass die Bundesbürger die Steuererhöhung relativ gut verdaut haben. So waren die nominalen Umsätze mit Möbeln, Haushaltsgeräten und Bau-



bedarfsartikeln, bei denen im vergangenen Jahr ebenso wie bei Autokäufen Vorzieheffekte wegen der Steuererhöhung zu erkennen waren, bereits in vier von bisher sieben Monaten dieses Jahres nominal höher als ein Jahr zuvor. Bei Textilien, Bekleidung, Schuhen und Lederwaren war dies sogar fünf Mal der Fall. Auch im sonstigen Fachhandel beispielsweise mit Büchern und Schmuck registrierte das Statistische Bundesamt zuletzt deutliche Umsatzsteigerungen im Jahresvergleich.

Gleichwohl sind Vergleiche mit den Vorjahresmonaten in diesem Jahr nur bedingt aussagefähig. Denn neben den vorgezogenen Käufen wegen der Steuererhöhung stellte auch die Fußballweltmeisterschaft im vergangenen Jahr bei zudem sehr sommerlichem Wetter einen Sondereffekt dar. Dies erschwerte beispielsweise gerade den Vorjahresvergleich bei Lebensmitteln, Getränken und Tabakwaren. Deren Umsätze waren im Juli vergangenen Jahres nominal 4,4 Prozent höher als ein Jahr zuvor, in diesem Juli ohne WM-Feiern und bei schlechtem Wetter aber 3,5 Prozent niedriger. Im Monatsvergleich sieht es hingegen nicht so negativ aus. Nach den Bundesbank-Zahlen waren die Umsätze mit Lebensmitteln und Getränken im Juli fast so hoch wie im Juni, seit Mai aber einiges niedriger als im sommerlichen April.

NACHRICHTEN

Beckstein will rechtes Profil der CSU schärfen

Mit demonstrativem Patriotismus will der designierte bayerische Ministerpräsident Günther Beckstein der CSU mehr Stimmen aus dem rechten Wählerspektrum sichern. „Ich sehe es ganz persönlich als meine Aufgabe an, dass Menschen sich bei uns gut aufgehoben fühlen, die sagen: „Ich bin stolz, ein Deutscher zu sein““, sagte Beckstein der „Bild am Sonntag“. | ap

BKA-Chef wirbt für Online-Durchsuchungen

Für seine umstrittenen Pläne zur heimlichen Durchsuchung von Privatcomputern erhält Innenminister Wolfgang Schäuble Unterstützung vom Bundeskriminalamt. Die Online-Durchsuchung sei notwendig, um Terrorgefahren abzuwehren, sagte BKA-Präsident Jörg Ziercke dem „Focus“. | ap

Struck will Hedge-Fonds ausbremsen

SPD-Fraktionschef Peter Struck will Beteiligungsgrenzen für Hedgefonds und private Beteiligungsfirmen einführen. Im „Spiegel“ nannte er eine Grenze von 25 Prozent, ab der die Bundesregierung einem Kauf zustimmen müsse. Die Regel gilt für den Rüstungssektor. Struck will sie auf Schlüsselbereiche wie Energie oder Autobau ausweiten. Der Sprecher von Bundesfinanzminister Steinbrück (SPD) wies dies zurück: Die Regierung denke über Hürden für Staatsfonds nach. Bei den Hedgefonds gehe es um Transparenz. Die Chance, dafür die USA und Großbritannien zu gewinnen, sei durch die Finanzmarktkrise gestiegen. | HB/dri

Kommunen berechnen Arbeitslosengeld II falsch

Viele Kommunen berechnen das Arbeitslosengeld II falsch. Eine Sprecherin des Bundesarbeitsministeriums bestätigte einen entsprechenden Bericht des Bielefelder „Westfalen-Blattes“. Die Zeitung schreibt, einer internen Hochrechnung des Ministeriums zufolge komme es jährlich zu 260 Mill. Euro vermeidbaren Mehrausgaben. | dpa

Lehrstellen-Plus soll auch Altbewerbern zugute kommen

Bildungsministerin und DGB fordern Chancen für 300 000 Jugendliche in der Warteschleife – Wirtschaft meldet Lehrstellenrekord

BARBARA GILLMANN | BERLIN

Die deutliche Entspannung am Lehrstellenmarkt soll nach Ansicht von Bundesregierung und Gewerkschaften dafür genutzt werden, endlich auch den vielen Altbewerbern eine Chance zu geben. Das fordern unions Bundesbildungsministerin Annette Schavan (CDU) und die stellvertretende Vorsitzende des Deutschen Gewerkschaftsbundes, Ingrid Scherbrock.

Die Wirtschaft hatte zuvor gemeldet, dass die Industrie-, Handels- und Handwerkskammern bis Ende August 407 000 Ausbildungsverträge abgeschlossen haben – rund zehn Prozent mehr als im Vorjahr. Damit stünden

die Chancen gut, „dass wir erstmals seit 2001 zum Jahresende keine Lehrstellenlücke mehr haben“, sagte DIHK-Präsident Ludwig Georg Braun der „Bild am Sonntag“. 2006 waren zu Sylvester noch 17 500 Bewerber ohne Ausbildungsplatz.

Auch die Bundesagentur für Arbeit hatte zuvor „positive Signale“ konstatiert. Die Zahl der bei der BA gemeldeten „unversorgten Bewerber lag Mitte August noch bei 161 000 Anwärtern. Die Zahl der freien Ausbildungsplätze lag bei 85 900. Die Statistiken von BA und Kammern werden erst jeweils im Folgejahr zusammengeführt.

Nach Ansicht von Ministerin Schavan ist angesichts dieser Zahlen der Zeitpunkt gekommen, „zu sagen: Der

Ausbildungspakt muss noch mehr hergeben, als den jeweils aktuellen Jahrgang zu versorgen“, sagte sie dem „Focus“. Die so genannten Altbewerber – junge Frauen und Männer, die sich bereits in den Vorjahren vergeblich um eine Lehrstelle bemühten – müssten über die nächsten drei bis fünf Jahre in qualifizierter Ausbildung untergebracht werden.

Die Bundesregierung habe als Gegenmaßnahme zum Beispiel die Mittel für 40 000 Einstiegsqualifikationen bereitgestellt. Diese mindestens halbjährigen Betriebspraktika werden vom Bund mit monatlich 300 Euro bezahlt und sollen vor allem schwächeren Jugendlichen eine Chance geben, sich im Betrieb zu bewähren. Im ver-

gangenen Jahr gab es 24 000 solcher Praktikanten, rund 70 Prozent schafften den Sprung in eine reguläre Lehrstelle.

Der Deutsche Gewerkschaftsbund sieht das Ziel am Lehrstellenmarkt trotz der guten Zwischenbilanz der Kammern noch nicht erreicht. „Jetzt muss der Aufschwung am Arbeitsmarkt genutzt werden, um auch den rund 300 000 Bewerber, die oft schon jahrelang in Warteschleifen auf einen Ausbildungsplatz warten, eine Chance zu geben“, sagte die stellvertretende DGB-Vorsitzende Ingrid Scherbrock dem Handelsblatt. Zudem zeige auch die hohe Zahl der nach der Statistik der Bundesagentur für Arbeit noch 161 000 unversorgten Bewer-

ber, dass „das Ziel noch nicht erreicht ist, jedem interessierten Jugendlichen eine Ausbildung zu ermöglichen“.

Generell sei es natürlich sehr erfreulich, „wenn mit der guten Konjunktur und der Zunahme der Beschäftigung endlich wieder mehr betriebliche Ausbildung möglich werden sollte“, sagte Scherbrock. „Höchst unbefriedigend bleibt, dass nicht einmal jeder vierte Betrieb ausbildet“, fügte sie hinzu und bekräftigte die Forderung der Gewerkschaften nach einer Ausbildungsplatzumlage.

Text weiterleiten: Mail an forward@handelsblatt.com Betreff: **Lehrstellenmarkt** (Leerzeichen) 4 (Leerzeichen) **Mailadresse des Empfängers**

Gutachter stellt sich hinter Stromkonzerne

Kölner Wirtschaftswissenschaftler Ockenfels findet in RWE-Studie heraus: Problem der Marktmacht wird überschätzt

KLAUS STRATMANN | BERLIN

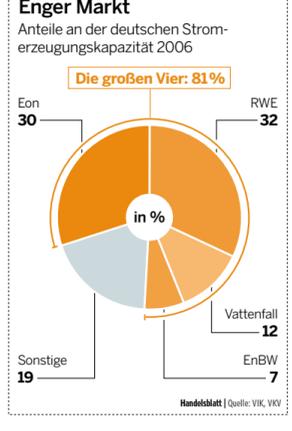
Im Streit um die Marktmacht der großen Stromkonzerne haben die betroffenen Unternehmen Rückendeckung von der Wissenschaft bekommen. Ein im Auftrag des RWE-Konzerns verfasstes Gutachten des Kölner Ökonomen Axel Ockenfels kommt zu dem Ergebnis, dass das Marktmachtproblem systematisch überschätzt werde.

Ockenfels reagiert mit dem bislang noch unveröffentlichten Gutachten, das dem Handelsblatt vorliegt, auf die Kritik an den vier großen Stromkonzernen Eon, RWE, Vattenfall und EnBW, die gemeinsam für mehr als 80 Prozent der Erzeugungskapazitäten im Stromsektor stehen. Bundesregierung, Stromverbraucher sowie die EU-Kommission kritisieren einhellig, die vier großen Erzeuger nutzen ihre starke Position, um die Preise künstlich hoch zu halten. Auch eine von der EU-Kommission in Auftrag gegebene Studie des Beratungsunternehmens London Economics (LE) war kürzlich zu diesem Er-

gebnis gekommen. Die Studie dient der EU-Kommission – gemeinsam mit anderen umfassenden Untersuchungen – als Basis für die Forderung nach einer Zerschlagung der Energiekonzerne. Nach Auffassung von Energiekommissar Andris Piebalgs kann nur die eigentumsrechtliche Trennung (Ownership Unbundling) der Energieerzeugung von den Netzen den Wettbewerb nachhaltig stärken.

Ockenfels kommt dagegen zu dem Ergebnis, dass es um den Wettbewerb nicht so schlecht bestellt ist, wie von den Kritikern immer wieder behauptet wird. „Bei einem Vergleich der Marktstrukturen in Europa steht Deutschland sehr gut da. Lediglich England schneidet besser ab“, sagte Ockenfels dem Handelsblatt. An der LE-Studie kritisiert der Kölner Ökonom insbesondere, sie ignoriere die positiven Effekte des grenzüberschreitenden Stromhandels. Im Ergebnis, so heißt es in seinem Gutachten, könne die LE-Studie „dem Anspruch nicht gerecht werden, eine robuste Entscheidungsgrundlage für wettbewerbspoliti-

sche oder regulatorische Maßnahmen zu liefern“. Sie fokussiere sich zu sehr auf einen fiktiven, nicht erreichbaren Referenzfall eines perfekten Wettbewerbsmarktes und leide insgesamt an methodischen und empirischen Mängeln. Der 38-jährige



Ockenfels ist einer der forschungstärksten Ökonomen seiner Generation. Er gehört zu den führenden deutschen Wissenschaftlern bei der Erforschung der Funktionsweise von Märkten und deren Optimierung.

Andere Wissenschaftler dagegen teilen im Gegensatz zu Ockenfels die Ergebnisse der LE-Studie. Der Dresdner Energieökonom Christian von Hirschhausen sagte dem Handelsblatt, die Marktmacht der vier großen Stromkonzerne sei ungebunden, die Forderungen der EU-Kommission daher konsequent: Das „Ownership Unbundling“ sei notwendig, um mehr Wettbewerb zu schaffen.

Ockenfels verteidigt die Branche auch gegen Kritik an der Leipziger Strombörse EEX. „Die Diskussionen über angebliche Manipulationen an der EEX sind allzu oft das Resultat eines mangelnden Verständnisses von Strommärkten“, sagte er. Die „fast schon grotesken Debatten“ um die Einpreisung von Zertifikatekosten oder um den Zukauf von Strom durch Stromerzeuger an der EEX be-

legten dies eindrücklich. Es gebe keinen Anlass, fehlenden Wettbewerb an der Börse zu diagnostizieren.

Die EEX ist dagegen in den Augen ihrer Kritiker ein Symbol für die Schwächen des Marktes. Etwa 20 Prozent des deutschen Stromvolumens werden in Leipzig gehandelt. Die meisten Industriekunden schließen zwar direkt Verträge mit den Stromerzeugern. Die Preise, die an der EEX notiert werden, haben jedoch als Referenzwert Bedeutung für den Markt. Kritiker werfen den Energiekonzernen daher vor, sie hielten die Preise an der Leipziger Strombörse künstlich hoch. Möglich sei dies, weil es dem Marktgeschehen an der EEX an Transparenz mangle, sagte von Hirschhausen. Er fordert deshalb ein „Marktmacht-Monitoring“ aufzubauen.

Aus der Sicht von Ockenfels geht dies zu weit. „Forderungen nach höherer Transparenz sollten wohlüberlegt sein. Es gibt keinen Markt, in dem die Teilnehmer die Handlungsoptionen ihrer Wettbewerber exakt kennen“, sagte Ockenfels.

Koalition streitet um Atompolitik

BERLIN. Bundesumweltminister Sigmund Gabriel (SPD) ist mit seinem Vorstoß, die sieben ältesten Atomkraftwerke in Deutschland umgehend abzuschalten, bei den Betreibern und dem Koalitionspartner CDU auf Widerstand gestoßen. Ein Sprecher der EnBW Energie Baden-Württemberg sagte, er sehe für die Abschaltung keine Grundlage. „Unsere Kraftwerke sind sicher.“ Gabriel hatte der „Süddeutschen Zeitung“ gesagt, eine frühere Abschaltung der Meiler bringe „einen hohen sicherheitstechnischen Gewinn“ und senke das nukleare Gesamtrisiko erheblich. Die Energieversorger wollen nach wie vor das Gegenteil: Strommengen von neuen auf ältere Meiler übertragen.

Zuspruch erhielt Gabriel vom Bundesamt für Strahlenschutz. Eine Übertragung von Restlaufzeiten von älteren auf neuere Atomreaktoren sei ein erheblicher Sicherheitserfolg, sagte dessen Präsident Wolfram König. Heute wären die sieben ältesten Anlagen ohnehin nicht mehr genehmigungsfähig, erklärte er.

Betroffen wären von Gabriels Vorschlag die hessischen Reaktoren Biblis A und B, Brunsbüttel in Schleswig-Holstein, Neckarwestheim 1 und Philippsburg 1 in Baden-Württemberg sowie Unterweser in Niedersachsen. Das bayerische Kraftwerk Isar 1 könnte den Berechnungen zufolge im Juni 2009 abgeschaltet werden. Im Gegenzug könnten modernere Atommeiler wie Isar 2 oder Neckarwestheim 2 länger als bisher geplant laufen. Nach Berechnungen des Ministeriums müssten dazu fünf Prozent der gesamten Reststrommenge von älteren auf neuere Meiler verschoben werden.

CDU-Generalsekretär Ronald Po-falla sagte, es könne zu keiner Laufzeitverkürzung der Atommeiler kommen. „Der rechtliche Rahmen lässt dies nicht zu.“ Kernenergie sei in Deutschland „unersetzlich“. Die Union plädiert generell für längere Laufzeiten der Kraftwerke. Ein Sprecher des Biblis-Betreibers RWE sagte, bei Kernkraftwerken könne die Sicherheit nicht vom Baujahr abhängig gemacht werden. dpa/ap